



Detailansicht des Registereintrags

Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V.

Aktuell seit 29.06.2026 08:06:05

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002233
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	29.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Dubliner Str. 12 99091 Erfurt Deutschland Telefonnummer: +493613461746 E-Mail-Adressen: mail@fdr-online.info geschaeftsfuehrung@fdr-online.info Webseiten: <u>www.fdr-online.info</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Janina Tessloff**
Funktion: Vorstandsvorsitzende
2. **Eva Egartner**
Funktion: Geschäftsführerin
3. **Carola Bau**
Funktion: stellv. Vorsitzende
4. **Philip Gerber**
Funktion: stellv. Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **Katrin Bahr**
2. **Michael Leydecker**
3. **Annett Fabian**
4. **Henning Fietz**
5. **Markus Wirtz**
6. **Janina Tessloff**
7. **Eva Egartner**
8. **Carola Bau**
9. **Philip Gerber**

Gesamtzahl der Mitglieder:

71 Mitglieder am 31.12.2025, davon:

4 natürliche Personen

67 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Deutscher Paritätischer Gesamtverband
2. Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS)
3. Bündnis KipsFam

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (29):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Arzneimittel; Gesundheitsförderung;

Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Werbung; Integration; Migration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Strafrecht; Zivilrecht; Grundsicherung; Krankenversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V. (fdr+) bündelt und vertritt die Interessen seiner Mitglieder (haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte in der Suchtprävention, Suchthilfe und Suchtselbsthilfe), dabei verfolgt er einen arbeitsfeld- und methodenübergreifenden Ansatz. Er orientiert sich an den Erfahrungen der Praxis und an der Forschung, setzt entsprechende Akzente und entwickelt Maßnahmen und Strategien weiter. Für die Politik ist er Ratgeber, Kooperationspartner und Ansprechpartner in allen Fragen der Suchthilfe, der Suchtselbsthilfe und der Suchtprävention. Der fdr+ fördert die Zusammenarbeit aller Beteiligten, um die Gestaltung der Leistungen auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention im Sinne der Betroffenen zu optimieren und somit die Teilhabe von abhängigkeitskranken Menschen. Der Verband ist Multiplikator für die Kompetenzen und das Wissen seiner Mitglieder und sorgt für einen Transfer in Politik und Gesellschaft. Die seit der Gründung (1979) weitgehend unveränderte Satzung des fdr+ sieht vor, die fachliche Arbeit für Suchtgefährdete und Abhängige, insbesondere junge Menschen zu fördern.

Der fdr+ bzw. seine vertretungsberechtigten Personen, nehmen dazu an Gremien und Terminen mit Ministerien und öffentlichen Anhörungen oder Verbändeanhörungen in Ministerien teil und beteiligen sich an Stellungnahmeverfahren.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. Weiterentwicklung des Konsum-Cannabisgesetzes (KCanG)

Beschreibung:

Das KCanG sollte dahingehend weiterentwickelt werden, dass User*innen Cannabis regulär kaufen können, unabhängig von Social Clubs, Schwarzmarkt, Eigenanbau oder unberechtigtem Bezug als Medikament.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/3061 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Medizinal-Cannabisgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KCanG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406130041 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2511250003 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetz

Beschreibung:

Gesetzeslücke im SGBII soll geschlossen werden, damit Verurteilte nach dem BtmG "Therapie statt Strafe" nach §35 BtmG erhalten können auch, wenn die Krankenkassen für die Leistungen zuständig sind.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406130052 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Hinsehen, schützen, stärken: Kinder aus psychisch und suchtselasteten Familien

Beschreibung:

Wir setzen uns ein für gesetzliche Regelungen, die Familien mit einem psychisch und/oder suchterkrankten Elternteil bedarfsdeckende Hilfen und Unterstützung ermöglichen und das Ineinandergreifen von bestehenden Hilfen verbessern. Ziel sind sozialgesetzbuch-übergreifende, familienorientierte, einheitliche, komplexe und mischfinanzierte Leistungen

(gemeinschaftsfinanzierte Komplexleistungen), um die Schnittstellen in der Versorgung und Hilfestellung besser zu gestalten und Finanzierungslücken zu schließen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/12089 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Prävention stärken - Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2511250004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2512050007 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

3. SG2512050008 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. Suchtpolitik stärken

Beschreibung:

Suchtpolitik im Koalitionsvertrag festschreiben, Finanzierung von Prävention, Frühintervention und Suchthilfe verbessern

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und
Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2512050009 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2512050010 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Finanzierung der Suchtberatung sichern

Beschreibung:

Suchtberatung muss eine verbindliche und gesetzlich gesicherte Leistung sein und ihre Ausstattung muss von der Finanzlage der jeweiligen Kommune oder des Bundeslandes unabhängig sein. Es müssen verbindliche Strukturen für das Angebot der Suchtberatung geschaffen werden. Die Leistungserbringung der Suchthilfe muss durch eine verlässliche Finanzierungsgrundlage gesichert sein.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602040020 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

6. Regulierung von Werbung und Besteuerung für Suchtmittel und Glücksspiel

Beschreibung:

Die beteiligten Verbände fordern den Gesetzgeber auf, die Regulierung der Werbung und Besteuerung für Suchtmittel und Glücksspiel an den Stand der wissenschaftlichen Evidenz anzupassen.

Betroffenes geltendes Recht:

AlkStG [alle RV hierzu]; BierStG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606260047 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.02.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Bessere Präventions- und Hilfeangebote für konsumierende junge Menschen sind notwendig und möglich!

Beschreibung:

Derzeit sind in mehreren zentralen Politikbereichen Reformen geplant, die erhebliche Auswirkungen auf die Schnittstelle von Jugend- und Suchthilfe haben könnten., u.a. das 1. KJHSRG. Der fdr+ fordert, mehr Prävention und Leistungen für problematisch konsumierende Jugendliche und junge Erwachsene sowie ihr Umfeld.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

1. Kinder- und Jugendhilfestrategiegesetz (1. KJHSRG)

Datum des Referentenentwurfs: 23.03.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KJHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606260050** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (4):

1. **Deutsche Rentenversicherung Bund**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Zuwendungen der Deutschen Rentenversicherung Bund nach § 31 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI

2. **Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Erfurt

Betrag: 570.001 bis 580.000 Euro

Förderung der Thüringer Fachstellen Suchtprävention und GlücksspielSucht

3. **DRV Nordbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Bayreuth

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Projektförderung nach §31 Abs 1 Nr. 3 SGB VI Projekt Lotsennetzwerk

4. **Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Halle

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

100.001 bis 110.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[Bilanz-Liste.pdf](#)